Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,52 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Boten und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 12 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, 14 Januar 1926

75000 Mann Besatzungstruppen!

Enttäuschung in Deutschland.

Ein Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, er erfahre, daß der Unterausschuß der Botschafterkonferenz bezüglich der Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland sich auf die folgenden Zahlen so gut wie geeinigt habe: Frankreich 60 000 Mann, Großbritannien 8000, Belgien 7000 Mann. Die militärischen Ratgeber der französischen Regierung hätten anscheinend ihre Auffassung durchgesetzt, daß Frankreich durch vier Divisionen zu je 15 000 Mann vertreten sein solle. Die Entscheidung bedürfe noch der Bestätigung durch die Botschafterkonferenz.

Dazu bemerkt der Korrespondent des „Daily Telegraph", wenn die Botschafterkonferenz dem obigen Beschluß zustimme, werde deutscherseits beträchtliche Enttäuschung herrschen. Die Deutschen behaupteten, daß ihnen in Locarno und in London eine weitergehende Zurückziehung der Besatzungstruppen versprochen worden sei. Briand habe, wie verlautet, diese deutsche Hoffnung als begründet angesehen, er sei aber anscheinend nicht imstande gewesen, ihre Berücksichtigung in Paris durchzusetzen.

Dieser Plan muß, wenn er von der Botschafterkonferenz angenommen werden sollte, Befremden erregen. In Locarno war zugesichert, daß die Besatzungsarmee die Stärke der deutschen Vorkriegsbelegung mit Militär nicht überschreiten sollte. Die Garnisonen in der zweiten und dritten Zone zählten vor dem Kriege aber nur 45 000 Mann. Diese Zahl würde also um Zweidrittel überschritten werden!

Der Reichshaushalt für 1926.

260 000 Personen vom Reich beschäftigt.

Dem Reichstag ist der Entwurf des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1926 zugegangen, der in Einnahme und Ausgabe mit 7713 Millionen Mark abschließt. Im einzelnen entfallen auf die sächlichen Verwaltungsausgaben und auf die Ausgaben für allgemeine und besondere Sachzwecke 1872 Millionen Mark, auf Ruhegehälter und Versorgungsgebührnisse 1557 Millionen Mark, und zwar auf die Zivilversorgung 89.. Millionen, auf die Militärversorgung 1467 Millionen und auf persönliche Ausgaben rund 676 Millionen Mark. Diese 676 Millionen Mark umfassen alle Bezüge von im ganzen 260 498 Personen, und zwar im einzelnen von 94 098 planmäßigen Beamten, 5029 außerplanmäßigen Beamten, 2216 Wartegeldempfängern und Landes- und Gemeindebeamten, von 19 238 Angestellten, von 25 862 Arbeitern und von 114 055 Soldaten der Wehrmacht.

Von den 94 000 planmäßigen Beamten beschäftigt das Reichsfinanzministerium 72 670, ihm folgt das Arbeitsministerium mit 8235 und das Wehrministerium mit 4861. Auch die Angestelltenzahl ist mit 9216 am größten im Reichsfinanzministerium, an zweiter und dritter Stelle stehen das Wehrministerium mit 3825 und das Reichsverkehrsministerium mit 2221. Von den rund 26 000 Arbeitern stehen 19 000 beim Wehrministerium und 3500 beim Reichsfinanzministerium in Arbeit.

Verbesserte Ausrüstung.

Von besonderem Interesse ist, daß beim Heeresetat zur Verbesserung des Stahlhelms 80 000 Mark ausgesetzt werden. Dazu wird bemerkt, daß die Erfahrungen des Krieges es notwendig machen, den Stahlhelm dahin zu verbessern, daß er dem Träger einen größeren Schutz als bisher gewährt. Zur Anstellung von Versuchen zur Ermöglichung einer Herabsetzung der Gepäcklast des Mannes werden 50 000 Mark angefordert. Dabei wird betont, daß im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres die Gepäcklast des Mannes verringert werden muß. Ein Fortlassen einzelner Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sei aber nicht angängig, da der Mann nur die nötigsten Stücke mit sich trägt. Die Bekleidung und Ausrüstung solle daher im Material erleichtert werden, ohne daß die Feldbrauchbarkeit darunter leidet.

Deutscher Reichstag.

(141. Sitzung.)

CB. Berlin, 13. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des vorläufigen deutsch-spanischen Wirtschaftsabkommens vom 18. November 1925.

Abg. von Gräfe (Völk.) meinte, daß die Reichsregierung vor den von Spanien angedrohten Zollkriegsmaßnahmen gleich kapituliert hätte, obwohl Deutschlands Positionen in diesem Zeitpunkt weit stärker gewesen wären als die Spaniens.

Ohne weitere Aussprache wurde das Abkommen den zuständigen Ausschüssen überwiesen, ebenso die deutsch-niederländischen Handels- und Zollverträge. Darauf wurde die erste Beratung der Novelle zum

Reichsknappschaftsgesetz

fortgesetzt. Dabei führte der Abg. Janschek (Soz.) aus, das Unternehmertum habe gleich nach dem Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes gegen dieses einen erbitterten Kampf aufgenommen. Der Abbau der Familienhilfe sei ein von den Unternehmern an den Bergarbeitern verübtes Verbrechen. Mit der Bestimmung der Familienhilfe als Pflichtleistung erfülle die Novelle eine Forderung der Notwendigkeit. Diesem Fortschritt ständen aber schwere Nachteile gegenüber, am schlimmsten sei die Kürzung der Altersrenten.

Abg. Imbusch (Ztr.) bedauerte, daß das Reichsknappschaftsgesetz nicht so durchgeführt worden sei, wie es der Gesetzgeber gewollt hätte. Die widerrechtlich abgebaute Familienfürsorge müsse zur Pflichtleistung gemacht werden. Über die aus diesem Gesetz dem Bergbau erwachsenden Lasten seien ganz übertriebene Angaben gemacht worden. Die Unternehmer sollten nicht an anderer Stelle sparen, wie beispielsweise bei der kostspieligen und volksvergiftenden Propaganda, die sie gegen die Sozialpolitik treiben. Die von den Unternehmern verbreiteten Zahlen über die hohe Belastung der Knappschaftskassen durch die Altershilfe seien eitel Schwindel, tatsächlich sei die Altersgrenze viel zu niedrig.

Darauf wurde die Beratung auf Donnerstag vertagt.

Auf dem Wege zum Kabinett der Mitte.

Dr. Luther hat also den Auftrag erhalten, eine „Neutrale Regierung der Mitte" zu bilden. Dem Vernehmen nach hat der Reichspräsident auf die Frage der Abgeordneten Koch und Fehrenbach den Begriff neutral dahin erläutert, daß die kommende Regierung unabhängig nach beiden Seiten, sowohl nach rechts wie nach links, sein solle. Das würde bedeuten, daß das zweite Kabinett Luther sich ausschließlich auf die Parteien der Mitte stützen soll — ohne ausgesprochene Hinneigung zu einer der großen Parteien von beiden Seiten. Nach allgemeiner Auffassung soll die neue Regierung sich auf die Demokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung stützen. Dr. Luther empfing bereits die in Betracht kommenden Führer und beabsichtigt noch in dieser Woche die Verhandlungen zu Ende zu bringen. Bereits am Mittwoch abend traten die Fraktionen teilweise zusammen, um über die ihnen vorliegenden Programmpunkte Dr. Luthers und die Personenfragen zu beschließen. Am Mittwoch nächster Woche ist nach dem Beschluß des Ältestenrats die Erklärung der neuen Regierung im Reichstag in Aussicht genommen. Die anberaumte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags ist um einen Tag verschoben worden.

•

Neue Möglichkeiten.

Schneller noch als es der Reichspräsident verlangt hatte, ist in der Frage der Regierungsneubildung die Entscheidung gefallen. Die Sozialdemokratie beteiligt sich nicht an der Großen Koalition. Auf Grund dieser Erklärung hat dann Reichspräsident v. Hindenburg sofort den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion kommt auf die im Dezember aufgestellten Forderungen zurück, die die Voraussetzungen für eine Beteiligung bei der Großen Koalition waren. Diese Forderungen werden aufrechterhalten, aber als von der Gegenseite abgelehnt betrachtet, weil die Gegenvorschläge nicht genügen, woran der Deutschen Volkspartei die Schuld gegeben wird. Es besteht kein Anzeichen dafür, heißt es in der sozialdemokratischen Erklärung, daß die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufgibt. In den Fragen des Achtstundentages, der Erwerbslosenfürsorge und der Fürstenabfindung habe diese Partei die sozialdemokratischen Forderungen abgelehnt. Mithin bestehe für die Große Koalition keine Grundlage.

Bemerkenswert ist an diesem ablehnenden Beschluß, daß er mit genau derselben übergroßen Mehrheit gefaßt ist wie der gleiche vom 16. Dezember. Es hat also gar nichts geändert, daß sehr prominente Parteigenossen, wie z. B. Scheidemann und Braun, sich für den Anschluß an die Parteien der Mitte aussprachen. Ebensowenig wie es etwas genutzt hat, daß Zentrum und Demokraten mit allen Mitteln die Mehrheit der Sozialdemokratie umzustimmen versuchten, um die Große Koalition zu bilden. Um so schärfer werden jetzt die Vorwürfe dieser beiden Parteien gegen die Sozialdemokratie sein, besonders da die Volkspartei sich zur gemeinsamen Arbeit mit den Sozialdemokraten bereit erklärte und ein teilweises Entgegenkommen in den praktischen Fragen zugesagt hatte. Man war bereit, den der Volkspartei nahestehenden und doch stärksten Träger der Locarnopolitik, Dr. Luther, aufzugeben. Selbst die deutliche Drohung des Zentrums, eine Weigerung der Sozialdemokratie, im Reiche mitzumachen, werde nicht ohne Rückwirkung in Preußen bleiben, ist verhallt. Der Schlüssel dazu ist in jenem Satz des sozialdemokratischen Beschlusses zu finden, wo von der steigenden Not gesprochen wird: man will nicht die Verantwortung übernehmen aus Besorgnis vor dem Abzug der Wähler nach der radikalen Seite.

Locarno — das sollte die Grundlage abgeben für das neue Kabinett der Großen Koalition. Diese Grundlage, außenpolitisch fest, erwies sich für die innen- und wirtschaftspolitischen Strebungen nicht als tragfähig genug. Hier war der Wunsch der Vater des Gedankens, die außenpolitische Locarnokoalition auch für die Innenpolitik zu retten und sie in scharfen Gegensatz zur Rechten zu stellen.

Dr. Luther wird es jetzt nicht ganz leicht haben, da sich zwischen ihm und dem Zentrum und den Demokraten starke Mißhelligkeiten gezeigt haben: die Parteien wollten eben von sich aus eine Koalition zustande bringen. Das ist endgültig mißlungen und die Führung geht über den Reichspräsidenten, der die Parteien bisher hatte gewähren lassen, auf eine Persönlichkeit außerhalb der Fraktionen zurück. Jede Enttäuschung verstimmt, aber Dr. Luthers Stellung ist jetzt ziemlich klar. Ob er ein Kabinett der Mitte mit mehr oder weniger starkem Beamteneinschlag bilden wird oder ein Kabinett aus den Parteien der Mitte, ist noch zweifelhaft. Er muß sich aber im Reichstag dann erst die parlamentarischen Mehrheiten suchen — links oder rechts. Vielleicht aber wird er wie Marx vor drei Jahren seine Zuflucht zu einem Ermächtigungsgesetz nehmen. Sei es wie es sei: die Hauptsache ist, daß wir endlich in dieser schweren Not wieder eine Führung erhalten.

•

Ministerkandidaten.

Als vermutliche neue Minister werden sämtliche noch vorhandenen Mitglieder des bisherigen Kabinetts genannt mit Dr. Luther an der Spitze. Dr. Stresemann würde also Außenminister, Dr. Geßler Wehrminister bleiben, ebenso die anderen Herren. Für die durch den Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung freigewordenen Posten sollen in Betracht kommen: für das Reichsfinanzministerium der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold, für das Reichswirtschaftsministerium der Zentrumsabgeordnete Lammers. Für die Besetzung des Reichsministeriums des Innern erwähnt man die Abgeordneten Koch (Dem.) und von Kardorff (D. Vp.), für das Reichsjustizministerium die Abgeordneten Marx (Ztr.) und Curtius (D. Vp.).

Die erste Aussprache.

Berlin, 14. Januar. Der Reichskanzler Dr. Luther empfing im Laufe des gestrigen Nachmittages die Führer sämtlicher Mittelparteien zu einer ersten Aussprache.

•

Die Demokraten zur Mitarbeit bereit.

Berlin, 14. Januar. Die demokratische Reichstagsfraktion nahm gestern abend den Bericht des Parteivorstandes Koch über seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten entgegen. Die Fraktion stellte sich nach eingehender Debatte einmütig auf den Standpunkt, daß die Demokraten sich nach dem Versagen der Sozialdemokraten an dem Kabinett der Mitte beteiligen müßten.

•

Zurückhaltung beim Zentrum.

Berlin, 14. Januar. Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat sich gestern abend in mehr als dreistündiger Fraktionssitzung mit der politischen Lage beschäftigt, die durch den Auftrag zur Regierungsbildung an Dr. Luther geschaffen worden ist. Zu einer Beschlußfassung gelangte die Fraktion jedoch noch nicht. Sie machte vielmehr ihre Entscheidung von dem Ausfall der Verhandlungen über die sachlichen Voraussetzungen für den Eintritt in das Kabinett von Zentrumsmitgliedern in das Kabinett abhängig.

•

Die Wirtschaftspartei lehnt ab.

Berlin, 14. Januar. Von der Wirtschaftlichen Vereinigungen wurden die Abgeordneten Bredt und Drewitz vom Reichskanzler empfangen. Die Wirtschaftliche Vereinigung konnte, wie wir hören, einer Aufforderung, in das Kabinett einzutreten, wegen des Gesetzentwurfes über den Preisabbau, gegen den das Handwerk scharfen Widerspruch erhoben, keine Folge geben. Die Partei wird sich dem neuen Kabinett gegenüber neutral und abwartend verhalten und sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten.

Die Hilfeleistung der „Hessen".

Erster Vorstoß ins Eisgebiet.

Nach kurzem Aufenthalt im Hafen von Reval verließ das deutsche Linienschiff „Hessen" die estländischen Gewässer und begab sich weiter nach Osten. Da das Schiff nur einen kleinen Kohlenvorrat mitführt, wird es voraussichtlich nach drei Tagen Reval wieder anlaufen. Inzwischen ist es den russischen Eisbrechern gelungen, dreizehn von den im Eis eingeschlossenen Schiffen in eine aufgebrochene Fahrrinne zu bringen, jedoch werden die Rettungsarbeiten durch das starke Frostwetter sehr erschwert. Ein neues Einfrieren der Schiffe ist zu befürchten. Bisher können drei Schiffe als gerettet angesehen werden, wovon jedoch zwei schwer beschädigt sind. Die eingefrorenen Schiffe werden weiter von Flugzeugen mit Lebensmitteln versorgt. Die estnische Presse stellt bei der Besprechung dieser Vorgänge fest, daß der Petersburger Hafen für den Winterverkehr nicht in Frage kommt. Die Eisnachrichten sind in den letzten Tagen noch ungünstiger

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF